

**Stadtverordnetenversammlung
Brandenburg an der Havel**

Fraktion DIE LINKE

Fraktion/Stadtverordnete

(zehn vom Hundert der Stadtverordneten)

Antrag Nr.:	162/2023
Datum:	09.06.2023
zur Behandlung in öffentlicher Sitzung	

Beschlussantrag an die Stadtverordnetenversammlung

Betreff: Keine Werbung der Bundeswehr auf kommunalen Flächen

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
19.06.2023	Hauptausschuss
28.06.2023	Stadtverordnetenversammlung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung Brandenburg an der Havel beschließt:

1. Die Verwaltung stellt keine kommunalen Flächen für Werbung der Bundeswehr oder Veranstaltungen der Bundeswehr zur Verfügung.
2. Die kommunalen Unternehmen der Stadt werden aufgefordert keine Werbeflächen für Werbung der Bundeswehr zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Nachdem die Bundeswehr dieses Jahr beschlossen hat, den Tag der Bundeswehr in Brandenburg an der Havel durchzuführen wird die Stadt und öffentliche Einrichtungen der Stadt mit einer großangelegten Kampagne für neue Rekruten überzogen. Solche Werbung der Bundeswehr im öffentlichen Raum ist oft verharmlosend und einseitig.

Die Werbung zielt dabei größtenteils auf junge Menschen diese sollen auf emotionaler Ebene durch, Abenteuer, Technik, Korpsgeist und Karriereperspektiven, angesprochen werden, während die realen Gefahren, traumatisiert, verletzt oder sogar getötet zu werden und in Kriegseinsetzen auch selbst töten zu müssen, absichtlich ausgeblendet werden. Diese Strategie der Bundeswehr, Nachwuchs zu rekrutieren, ist nicht akzeptabel.

Die Stadt Brandenburg an der Havel und die Kommunalen Unternehmen haben eine ganz besondere Verantwortung und sollten ihre Werbeflächen nicht für Werbung für den gefährlichen militärischen Dienst zur Verfügung stellen. Aus guten Gründen werden diese Flächen auch nicht für Werbung für beispielsweise Zigaretten oder andere Gesundheitsgefährdende Produkte zur Verfügung gestellt

Anlagen: